

Schweiz klopft an die Tür der Mächtigen

FINANZPLÄTZE Am Freitag nimmt die Schweiz erstmals an einem Finanzministertreffen der G 20 teil. Beim nächsten Gipfel dürfte die Schweiz aber wieder aussen vor sein.

BALZ BRUPPACHER
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

Die Schweiz und die G 20: Das ist für Bundesbern und den Finanzplatz eine bewegte und schmerzvolle Geschichte. Die erstmalige Teilnahme an einem Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer hat deshalb einen besonderen Stellenwert. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf hat die Einladung nach Moskau für kommenden Freitag und Samstag in erster Linie Russland zu verdanken, das dieses Jahr den Vorsitz der G 20 hat. Im April, Juli und Oktober werden weitere Treffen der G-20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure mit Schweizer Beteiligung folgen.

Wenig Chancen auf «Wild Card»

Beim G-20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im September in St. Petersburg dürfte die Schweiz aber kaum präsent sein. Zwar vergibt die G-20-Präsidenschaft jeweils an fünf Nicht-Mitgliedstaaten sogenannte «Wild Cards». Es ist aber wenig wahrscheinlich, dass die Schweiz zum Zug kommt.

Offen ist auch, ob die Schweiz in den nächsten Jahren weiterhin an die Finanzministertreffen eingeladen wird und so zumindest einen Fuss in der Tür der G 20 hat. Die Einladung ist Sache der jeweiligen Präsidenschaft. Nächstes Jahr übernimmt Australien den Vorsitz. «Down under» gehört zu jenen Staaten, mit denen die Schweiz einen Finanzdialog pflegt. In Bern hofft man deshalb, dass die Teilnahme an den Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs keine einmalige Episode bleibt.

Sarkozy liess Bern ins Leere laufen

Schweizer Hoffnungen auf dem internationalen Finanzparkett sind aber eine Sache für sich. Besonders bitter für Bern waren die Erfahrungen im Jahre 2011. Die französische Präsidenschaft vergab damals eine «Wild Card» an Singapur, also einen der wichtigsten Konkurrenten des Schweizer Finanzplatzes. Doch nicht nur das: Der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy prangerte die Schweiz am G-20-Gipfel in Cannes überdies als Steuerparadies an.

Doch was verspricht sich Bern nun von der Einladung nach Moskau? «Wir werden unser Know-how als wichtiger Finanzplatz konstruktiv einbringen und bei Weichenstellungen für das internationale Finanzsystem verstärkt mitprägen können», liess Widmer-Schlumpf verlauten. Es ist vorgesehen, dass die Schweiz auch in verschiedenen Arbeitsgruppen und bei Vorbereitungstreffen auf technischer Ebene präsent sein wird. Die Schweiz wird sich allerdings kaum als grosser Lehrmeister aufspielen.

Thematisch wird es nach Auskunft des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF) um drei Themenkreise



Dank der Fürsprache Russlands kann die Schweiz sich erstmals bei den G 20 einbringen. Das Bild zeigt Russlands Premier Dmitri Medwedew (2. v. links) mit Bundesrätin Doris Leuthard und US-Präsident Barack Obama bei einem Treffen zur nuklearen Sicherheit in Washington 2010.

Keystone/Dimitry Astakhov

gehen. Erstens um Fragen des Gleichgewichts zwischen Regulierung und langfristigem Wachstum. Konkrete Massnahmen stehen bei der Regulierung des ausserbörslichen Handels mit Derivaten zur Diskussion. Aber auch die Gefahr der Marktabschottung als Folge der Regulierung soll aufs Tapet kommen.

«Wir setzen uns dafür ein, dass der Wettbewerb nicht behindert wird», sagt SIF-Sprecher Mario Tuor. Die internationale Schuldensituation wird ein zweites wichtiges Thema sein. Die Erfahrungen und der Leistungsausweis der Schweiz mit der Schuldenbremse dürften mit ein Grund für die Einladung Moskaus sein. «Schuldenabbau und Wachstum schliessen sich nicht aus», sagt Tuor.

Streitthema Unternehmenssteuern

Drittens rechnet man in Bern damit, dass Fragen der Unternehmensbesteuerung zur Sprache kommen. Naheliegender ist das Thema deshalb, weil die OECD einen Zwischenbericht zum Projekt «Base Erosion and Profit Shifting» (BEPS) vorlegen wird. Dieses Projekt wurde am letzten G-20-Gipfel im mexikanischen Los Cabos angestossen und soll Gewinntransfers von Multis in Tiefsteuerländer unterbinden.

Für die Schweiz also ein heikles Thema, auch wenn sie das Grundanliegen unterstützt, dass die Besteuerungsgrundlage nicht durch die Gewinnverlagerung ausgehöhlt werden soll. «Wir sind gegen Standards, die von den Grossen zwar gefordert werden, aber nur die Kleinen einhalten müssen», sagt Tuor zur Schweizer Position.

«Die Schweiz passt nicht in die G 20 hinein»

REAKTIONEN bsp. Christoph Blocher lehnt die Annäherung der Schweiz an die G 20 ab. «Ich warne vor dem», sagte der Zürcher SVP-Politiker und Unternehmer auf Anfrage unserer Zeitung und fügte hinzu: «Wir sind ein Kleinstaat, und die G 20 sind die 20 mächtigsten Staaten der Welt.» Und zwar nicht nur bezüglich der Wirtschaftskraft. «Das sind keine neutralen Staaten. Die Schweiz passt da nicht hinein», sagte Blocher.

Blocher warnt vor Illusionen

Der frühere Justizminister kann auch dem Argument nichts abgewinnen, dass die Schweiz durch die erstmalige Teilnahme an den vorbereitenden Finanzministertreffen ihre Positionen in das Gremium der G 20 einbringen könne. «Die Schweiz wird nicht eingeladen, weil die G 20 uns gern haben. Sie wollen uns dabei haben, damit sie uns sagen können, was wir zu tun haben», ist Blocher überzeugt.

Es sei eine Illusion, zu glauben, dass die Schweiz die Strategien der G 20 beeinflussen könnten. «Die wissen schon, was sie wollen», sagte der SVP-Nationalrat. Und weiter: «Als neutraler Kleinstaat, als Sonderfall auf der Welt, der direkt demokratisch organisiert und nicht Mitglied der EU ist, mischen wir uns nicht in die Grosswetterlage ein, auch wenn wir davon abhängig sind.»

Blocher glaubt auch nicht, dass sich durch eine Annäherung an die G 20

Situationen wie im Frühling 2009 vermeiden lassen. Damals landete die Schweiz wegen des Steuerbankgeheimnisses auf einer grauen Liste. Die Initiative sei damals von der OECD ausgegangen, sagte Blocher und fügte hinzu: «Das ist ein typisches Beispiel, wieso man vorsichtig sein muss beim Mitmachen in solchen Organisations-

dingen, wie die Schweiz lobbyiere, um wenigstens bei den Vorbereitungstreffen der G 20 dabei zu sein. «Wir haben nicht die Macht, und die jetzige Regierung hat ganz sicher auch nicht die Kraft, um da etwas zu bewegen», sagte Blocher.

Schwarze Listen zeigten Wirkung

Dass ausgerechnet Russland die Schweiz erstmals zu einem Finanzministertreffen der G 20 eingeladen hat, ist kein Zufall. Der Geste ging vielmehr ein intensives Lobbying des Bundesrats voran. Die Wende in der Schweizer Haltung gegenüber den G 20 geht auf den Frühling 2009 zurück. Damals setzte der Klub der Mächtigen die Schweiz im Verbund mit einem undurchsichtigen Manöver der OECD auf die schwarze Liste der nicht kooperativen Steuerparadiese.

Der Druck zeigte Wirkung: Der Bundesrat gab das Steuerbankgeheimnis gegenüber dem Ausland weitgehend preis. Gleichzeitig begann sich Bern darauf einzustellen, dass es die Augen vor dem zentralen wirtschaftlichen Machtfaktor G 20 nicht verschliessen kann. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe erarbeitete Annäherungsstrategien mit dem Ziel Vollmitgliedschaft. Parallel hat die Schweiz die Kontakte mit anderen Nicht-Mitgliedern der G 20 intensiviert.



«Die G 20 wollen uns sagen können, was wir zu tun haben.»

CHRISTOPH BLOCHER

nen.» Denn das OECD-Gründungsmitglied Schweiz habe nicht einmal die Kraft, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen, sagte Blocher. Und weiter: «Das hat Frau Widmer-Schlumpf bei der Beratung des Steueramtschilfgesetzes im Nationalrat auf meine Frage zugegeben.» Es sei deshalb befrem-

ANZEIGE

Anlagechancen 2013

Die globalen Aktienmärkte starteten nach einem insgesamt guten 2012 fulminant ins Jahr 2013. Nach einem eher kläglichen Schauspiel rang sich die amerikanische Politik fünf Minuten nach zwölf zu einem Kompromiss im Budgetstreit durch, der zwar die Defizitprobleme in keiner Weise resolut anpackt, aber immerhin das Horrorszenerario einer Rezession in den USA abwendet.

Dies erklärt die Erleichterung an den Börsen. Die Unsicherheit über die Fiskalpolitik in den USA bleibt aber hoch, da in zwei Monaten automatische Ausgabenkürzungen drohen und eine Anhebung der Schuldengrenze notwendig ist. Es dürfte allerdings erneut zu einer Lösung in letzter Minute kommen.



Götz Rether, Leiter Vermögensberatung, Raiffeisenbank Luzern

Als Teil des Fiskal-Kompromisses müssen Arbeitnehmer ab sofort höhere Sozialversicherungsbeiträge entrichten. Dies wird den Konsum belasten und die Konjunktur in der ersten Jahreshälfte bremsen. Dem stehen allerdings die rasche Erholung im Wohnungsbau und die hohen Investitionen

im Energiesektor gegenüber. Die tiefen Hauspreise und die extrem niedrigen Hypothekenzinsen machen den Kauf eines Hauses so erschwinglich wie noch nie. Zudem ist der Überhang an unverkauften Häusern bereinigt.

In diesem Umfeld wachsen die Wohnbaugenehmigungen deshalb mit einer Jahresrate von 30 Prozent und die Häuserpreise haben zu steigen begonnen. Für den Anleger bieten sich in diesem Bereich interessante Chancen, sei es über Titel von Bauunternehmen, Baumärkten oder US-Banken.

In Europa haben sich die Zinsen der peripheren Länder weiter zurückgebildet. Inzwischen scheint eine positive Rückkopplung in Gang zu kommen,

indem tiefere Zinsen die Banken entlasten, was die Risiken der Regierungen mindert, da sie die Banken weniger stützen müssen, womit die Zinsen weiter sinken können. Zudem beginnen die Anleger mit sinkenden Zinsen zu rechnen, was den Trend verstärkt.

RAIFFEISEN

Selbst wenn der Zinsrückgang jedoch zum Stillstand kommen sollte, bietet die hohe laufende Rendite immer noch eine interessante Alternative zu den extrem niedrig verzinslichen An-

leihen der Staaten mit hoher Bonität. Bei der Euro-Konjunktur zeichnen sich inzwischen ebenfalls leichte Erholungstendenzen ab. Europäische Aktien gewinnen damit zusätzlich an Attraktivität, zumal sie günstig bewertet sind.

Obligationen der Schwellenländer in Lokalwährung bleiben nach dem hervorragenden Ergebnis des letzten Jahres attraktiv. Die Verschuldung liegt in Grössenordnungen wie in der Schweiz und die Bonität wird sich weiter verbessern. Zudem dürften sich deren Währungen vor dem Hintergrund der weltweit hyperexpansiven Geldpolitik fortgesetzt aufwerten. Bei den Aktien bietet China die besten Chancen, da die Konjunkturerholung hier demnächst sichtbar werden dürfte.